

Einbürgerung: Kein Pass mehr nach drei Jahren

Gerade eingeführt, schon wieder abgeschafft: Seit 2024 konnten bestimmte Personen bereits nach drei Jahren den deutschen Pass bekommen. Diese „Turboeinsbürgerung“ soll es nun nicht mehr geben, andere Regelungen bleiben.

Wer als Ausländerin oder Ausländer in Deutschland die deutsche Staatsbürgerschaft bekommen wollte, musste früher mindestens acht Jahre warten. Diesen langen Weg zum deutschen Pass hatte die alte Regierung, die sogenannte „Ampelkoalition“, 2024 auf fünf Jahre verkürzt.

Noch schneller sollte es für Personen mit „besonderen Integrationsleistungen“ gehen: Wer alle Voraussetzungen erfüllte, konnte schon nach drei Jahren eingebürgert werden. Diese Sonderregelung hat die jetzige Regierung aus CDU/CSU und SPD nun wieder gestrichen.

Innenminister Alexander Dobrindt (CSU) war von Anfang an gegen die sogenannte „Turboeinsbürgerung“. Er verglich sie mit einem Angebot im Supermarkt: „Nach innen war es ein falscher Anreiz, weil es gegenüber der Bevölkerung den Eindruck erweckt hat, als würde der deutsche Pass in einer Art Sonderangebot vergeben werden.“

Nach außen hat die Regelung laut Dobrindt zu einem Pull-Effekt für Migration geführt. Der Migrationsforscher Jannes Jacobsen hält das für Symbolpolitik – denn rechtlich ändert sich nur wenig: Die 2024 eingeführte verkürzte Wartezeit von fünf Jahren bleibt bestehen. Und auch die doppelte Staatsbürgerschaft – also die Erlaubnis, zwei Pässe zu haben – wird es weiterhin geben.

Überhaupt gab es nur für sehr wenige Menschen die Möglichkeit, den deutschen Pass nach drei Jahren zu bekommen, so Jacobsen:

Voraussetzungen waren unter anderem sehr gute Deutschkenntnisse auf C1-Niveau, ein ausreichendes Einkommen ohne staatliche Unterstützung und besonderes gesellschaftliches Engagement.

Angesprochen werden sollten mit der „Turboeinsbürgerung“ vor allem Fachkräfte – denn die fehlen in Deutschland in vielen Bereichen. Jacobsen nennt dafür aber auch noch ganz andere Ursachen: Zum Beispiel die

komplizierten Verfahren zur Anerkennung ausländischer Berufs- und Studienabschlüsse und die wenigen bezahlbaren Wohnungen in Großstädten.

Hier sollte die Politik Lösungen finden, um Deutschland für Fachkräfte aus dem Ausland attraktiver zu machen, so der Migrationsforscher.